

Antrag

der Abgeordneten Benjamin Strasser, Stephan Thomae, Frank Müller-Rosentritt, Renata Alt, Christine Aschenberg-Dugnus, Jens Beeck, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg (Südpfalz), Sandra Bubendorfer-Licht, Dr. Marco Buschmann, Carl-Julius Cronenberg, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Otto Fricke, Thomas Hacker, Reginald Hanke, Peter Heidt, Torsten Herbst, Dr. Gero Clemens Hocker, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Gyde Jensen, Daniela Kluckert, Pascal Kober, Konstantin Kuhle, Ulrich Lechte, Michael Georg Link, Matthias Nölke, Dr. h. c. Thomas Sattelberger, Dr. Wieland Schinnenburg, Matthias Seestern-Pauly, Frank Sitta, Dr. Hermann Otto Solms, Bettina Stark-Watzinger, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Katja Suding, Linda Teuteberg, Gerald Ullrich, Johannes Vogel (Olpe), Nicole Westig, Katharina Willkomm und der Fraktion der FDP

Jüdische Vielfalt in Deutschland – Bedürfnisse und Perspektiven von Jüdinnen und Juden respektieren und berücksichtigen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Im Jahr 321 erließ der römische Kaiser Konstantin ein Edikt, das Jüdinnen und Juden die politische Teilhabe ermöglichte, unter anderem im Kölner Stadtrat. Jüdinnen und Juden leben demnach bereits seit mindestens 1.700 Jahren historisch dokumentiert auf dem Gebiet der heutigen Bundesrepublik Deutschland. In den folgenden Jahrhunderten entwickelte sich Deutschland in verschiedenen Epochen zu einem kulturellen Zentrum des Judentums. Gleichzeitig prägten und prägen Deutsche jüdischen Glaubens in Wissenschaft, Wirtschaft, Kunst und Politik stets das Leben der Gesamtgesellschaft.

Deutschland spielte als Standort eine bedeutende Rolle für die Entwicklung der Liturgie und der Traditionen des Judentums. Angefangen mit den Städten Speyer, Worms und Mainz – aufgrund der hebräischen Anfangsbuchstaben der mittelalterlichen Namen der Städte tragen sie den Namen SchUM-Städte – die einen lebendigen Bestandteil des aschkenasischen Judentums und ein jüdisches Erbe für die Welt bildeten, bis hin zur Etablierung und Entstehung des liberalen Judentums und der Neoorthodoxie. Die jüdische Gemeinschaft erfuhr eine theologische, philosophische und intellektuelle Blütezeit im 11. und 12. Jahrhundert in den SchUM-Städten. Jüdische Gelehrte reisten aus allen Teilen Europas in das religiöse und geistliche Zentrum in Aschkenas (Deutschland). Dort entstanden wichtige religiöse Schriften, die heute weltweit und

besonders in Israel von jüdischen Gelehrten studiert werden. Nicht zuletzt deshalb steht aktuell die Ernennung der SchUM-Städte in den Stand des UNESCO-Weltkulturerbes zur Debatte.

Das liberale Reformjudentum, das heute weltweit praktiziert wird, entstand zur Zeit der Aufklärung und der europäischen Emanzipation der Jüdinnen und Juden im 19. Jahrhundert in Deutschland. Jüdische Einwanderer aus Deutschland gründeten nach ihrer Emigration neue liberale Gemeinden in den USA. Als Gegenpol zum Reformjudentum entstand im 19. Jahrhundert ebenfalls in Deutschland die Strömung der Neoorthodoxie, zu deren Mitbegründern der Frankfurter Rabbiner Samson Raphael Hirsch zählt. Es bildet das Fundament vieler heutiger jüdischer orthodoxer Strömungen, die später entstanden, jedoch auf den Ideen der deutschen Neoorthodoxie fußen.

Doch auch die Geschichte der Verfolgung von Jüdinnen und Juden gehört zur Geschichte des Judentums in Deutschland. Deutschland trägt dabei Verantwortung für das größte Menschheitsverbrechen der Geschichte, die Shoah, in der die Nationalsozialisten Jüdinnen und Juden die Menschenrechte absprachen und rund 6 Millionen im Zuge des industriell organisierten Massenmords töteten.

Die Shoah war eine Zäsur für die jüdische Geschichte in Deutschland. Nach 1945 waren die deutschen Juden eine Minderheit in der Minderheit. Denn in der Nachkriegszeit gründeten die Displaced Persons (DPs) vor allem aus Polen, Ungarn und Rumänien neue jüdische Gemeinden. Ihre Nachfahren sind dort nach wie vor fester Bestandteil. Unter anderem diesen Jüdinnen und Juden ist die Revitalisierung der jüdischen Gemeinden, der jüdischen Kultur und des jüdischen Geisteslebens nach der Shoah in Deutschland zu verdanken. Im Zuge der postsowjetischen jüdischen Einwanderung kamen seit 1990 insgesamt rund 220.000 Zuwanderer aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland. Auch die jüngste Einwanderung aus Israel prägt das jüdische Leben in Deutschland nachhaltig. Diese verschiedenen jüdischen Migrationsbewegungen legten den Grundstein für vielfältige jüdische Communities, die in der deutschen Einwanderungsgesellschaft einen selbstbewussten Platz gefunden haben.

Leider werden Jüdinnen und Juden auch heute wieder offener stigmatisiert und mit Antisemitismus konfrontiert. Die Gläubigen können ihre Religion nur unter immer größer werdenden Sicherheitsvorkehrungen ausüben und müssen ihre Religionszugehörigkeit im Alltag verstecken, um sich vor verbaler oder körperlicher Gewalt zu schützen. Auch nichtreligiöse Juden müssen ihre Herkunft verbergen, da sie sich körperlicher oder verbaler Gewalt ausgeliefert sehen. Dieses Problem zeigt sich in besonderer Weise in Schulen. Die stärkste Bedrohung für jüdisch gelesene Menschen kommt, nicht nur zahlenmäßig, aus dem rechtsextremen Spektrum. In modernen Erscheinungsformen des Antisemitismus, beispielsweise in Form sog. „Israelkritik“ ist jedoch auch eine wachsende Gefährdungslage aus dem islamistischen Spektrum zu beobachten. Hier zeichnet sich neben einer Projektion des israelisch-palästinensischen Konflikts auch der Ausdruck durch Propaganda gelernter Vorurteile ab. Auf der anderen Seite bricht sich in einigen linken Kreisen der antiimperialistische und antikapitalistische Antisemitismus Bahn, der aufgrund seiner subtilen Codes schleichend anschlussfähiger wird.

Der Antisemitismus darf dabei kein „jüdisches“ Problem bleiben. Vielmehr sind seine Bekämpfung und Prävention eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Dass hier erhebliche Defizite bestehen, zeigt sich bereits im Umgang staatlicher Institutionen mit Jüdinnen und Juden. Das jüdische Arbeitsverbot am Sabbat wird in der Planung von Prüfungsterminen oder in Maßnahmen der Arbeitsagenturen nicht angemessen berücksichtigt. Jüdinnen und Juden offenbaren mehrheitlich, dass sie sich gegen die Meldung eines antisemitischen Vorfalls bei der Polizei entscheiden, weil häufig keine Konsequenzen folgten (<https://fra.europa.eu/de/news/2018/anhaltender-antisemitismus-der-eu>). Immer wieder werden Fälle bekannt, in denen Meldungen, auch in akuten Gefahrensituationen, nicht mit der notwendigen Ernsthaftigkeit behandelt werden. Darin offenbart sich ein eklatanter Nachholbedarf im Umgang mit Antisemitismus.

II. Der Deutsche Bundestag erklärt:

Jüdisches Leben ist untrennbar mit Deutschland und deutscher Geschichte verbunden. Nicht nur, aber ganz besonders aus der Geschichte des dritten Reichs und der Shoah ergibt sich die Verantwortung für die Gesellschaft, jüdisches Leben zu schützen und aktiv zu ermöglichen. Der Deutsche Bundestag erkennt an, dass der Schutz vor Antisemitismus zentrale Voraussetzung ist, um jüdisches Leben in seiner ganzen Bandbreite ermöglichen zu können.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel dazu auf,

1. gemeinsam mit Ländern und Kommunen einen Pakt für die Selbstbestimmung der jüdischen Bürgerinnen und Bürger zu vereinbaren und zu diesem Zweck:
 - a) zur Vermeidung von Diskriminierung gläubiger Jüdinnen und Juden anzuregen, jüdische Feiertage in Planungsmaßnahmen öffentlicher Stellen mehr zu berücksichtigen,
 - b) gegenüber den Hochschulen anzuregen, jüdische Feiertage in der Planung von Klausuren und Examina zu berücksichtigen und Ausweichtermine für aus religiösen Gründen verpasste Prüfungen anzubieten,
 - c) den deutsch-israelischen Jugendaustausch gemäß dem Beschluss des Deutschen Bundestags (BT-Drs. 19/444 und 19/1823) schnellstmöglich zu einem Jugendwerk auszubauen,
 - d) Städte- und Gemeindepartnerschaften zwischen Deutschland, Israel und weiteren wichtigen Herkunftsländern der jüdischen Einwanderinnen und Einwanderer zu fördern und auch hier Kultur- und Austauschformate aufzubauen,
 - e) den Umgang mit Antisemitismus bei Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu verbessern, indem diese regelmäßig für im Wandel befindliche antisemitische Codes sensibilisiert werden,
 - f) die IHRA-Arbeitsdefinition von Antisemitismus in den Polizeien des Bundes und der Länder konsequent anzuwenden,
 - g) die IHRA-Arbeitsdefinition von Antisemitismus bereits in der Ausbildung von Polizeibeamten und Objektschützern zu thematisieren,
 - h) regelmäßige Schulungen zur Sensibilisierung für jüdisches Leben durchzuführen,
 - i) bundesweit Antisemitismusbeauftragte bei den Polizeien einzusetzen, deren zentrale Aufgabe die innerbehördliche Aufklärung und Sensibilisierung zu diesem Thema ist,
 - j) passgenaue Schutzkonzepte für jüdische Einrichtungen zu entwickeln und dabei eine engere und regelmäßige Abstimmung zwischen den jüdischen Gemeinden, den Behörden und der Polizei zu verankern, um Gefahrenpotenzial aktuell abzustimmen und Maßnahmen auf die Bedürfnisse der jüdischen Gemeinschaft auszurichten,
 - k) flächendeckend Meldestellen für antisemitische Vorfälle zu etablieren, ihre Finanzierung sicherzustellen und die Berichterstattung über diese Vorfälle auszuweiten,
 - l) die Thematisierung der vielfältigen Kultur und religiösen Praxis der hierzulande lebenden Jüdinnen und Juden in den Schulprogrammen und in der politischen Bildung zu vertiefen,

- m) deutsche Schulbücher anhand der IHRA-Arbeitsdefinition von Antisemitismus und in Zusammenarbeit mit den Landesbeauftragten gegen Antisemitismus und für den Schutz jüdischen Lebens bundesweit auf antisemitische Inhalte zu prüfen,
 - n) Medienkompetenz-Unterricht an Schulen auch im Hinblick auf extremistische, rassistische und antisemitische Inhalte im Netz bundesweit in Schulcurricula aufnehmen;
2. einen Fördertopf aufzubauen, aus dem unter anderem folgende Maßnahmen zur Förderung der jüdischen Religion und Kultur in Deutschland unterstützt werden:
- a) die Förderung der Lehre von Hebräisch und Jiddisch sowie wichtiger Herkunftssprachen jüdischer Einwanderer,
 - b) die universitäre Forschung über jüdische Religion, deutsch-jüdische Kultur und Geschichte sowie über die transnationalen Bezüge der jüdischen Communitys in Deutschland,
 - c) der Ausbau von Dialogformaten zwischen jüdischen, muslimischen und christlichen Organisationen und weiteren religiösen Gemeinschaften,
 - d) Ausbildungsstätten für jüdische Geistliche,
 - e) der Kampf gegen und die Aufklärung von antisemitischen Verschwörungsmythen im Rahmen entsprechender Projekte der Bundeszentrale für politische Bildung und der angekündigten Bundeszentrale für digitale Aufklärung;
3. die Alterssicherung jüdischer Einwanderer zu gewährleisten und dafür baldmöglichst praktikable Lösungen zu finden;
4. sich in den Gremien der Europäischen Union für ein wirksames Vorgehen gegen antisemitische Verschwörungsmythen in den Mitgliedstaaten stark zu machen;
5. sich dafür einzusetzen, die Hisbollah vollständig auf die EU-Terrorliste zu setzen und damit die künstliche Trennung zwischen politischem und militärischem Arm aufzugeben;
6. das deutsche Abstimmungsverhalten in Gremien und Sonderorganisationen der Vereinten Nationen hinsichtlich einseitiger, politisch-motivierter Resolutionen auf den Prüfstand zu stellen und sich klar von Allianzen anti-israelisch eingestellter Mitgliedstaaten zu distanzieren.

Berlin, den 18. Mai 2021

Christian Lindner und Fraktion